



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel. (Der erste Diätentag — ein Unglückstag für das Reich. Oberst von Deimling. Organisatorische Fehler. Ohne Deutschland keine Abmachung über die Bagdadbahn. Der Erlaß des Kaisers an den Reichskanzler. Vom Gewispel und Geraune. Fürst Bülow's Anteil an der Reichsfinanzreform.)

Der erste Sitzungstag unter der Herrschaft des neuen Diätengesetzes hat die Voraussage derer gerechtfertigt, die die Ansicht vertraten, daß es ein Unglückstag für Deutschland sein werde. Fast scheint es, als sei es dem Zentrum unangenehm, die Anerkennung, mit der der Kaiser auch des Reichstags gedacht hat, auch auf sich beziehen zu müssen, jedenfalls hat es sich beim Kolonialetat zu hochbedauerlichen unpatriotischen Beschlüssen hinreißen lassen. Mag immerhin der Oberst von Deimling den Rahmen, den er als Kommissar innezuhalten hatte, überschritten haben — Sache des Zentrums wäre es gewesen, die Sache von der Person zu trennen. Man konnte den Redner zurechtweisen, der sich in bester patriotischer Absicht von dem Gegenstande, dem er sich in den Steppen und Wüsteneien Südwesafrikas mit ruhmvoller Hingebung gewidmet hat, hatte weiter tragen lassen, als nach streng parlamentarischer Form zulässig war. Aber man muß ihm doch zugute halten, daß er erstens durch die ungezognen Rüpeleien der Sozialdemokraten und ihre herausfordernden Zurufe gereizt war, und daß er sich zweitens auf einem Gefechtsfelde und Gegnern gegenüber befand, die er nicht hinlänglich kannte. Daß es in der tapfern Soldatenseele kochte und den echten Manneszorn gegenüber dem schmählichen Verhalten der Gegner in die Schranken rief, wird dem Oberst von Deimling kein Vaterlandsfreund verargen. Im Gegenteil werden Tausende ihm für seine tapfern Worte Dank wissen, zumal da sie einem tapfern Herzen entstammen, das seine höchsten Proben inmitten von Situationen bestanden hat, von denen die Herren Ledebour, Groeber, Müller-Meinungen usw. keine Ahnung haben. Die Reichstagsmehrheit hat nicht nur durch die Verjagung der Eisenbahn eine schwere und unkluge Veründigung in bezug auf Südwesafrika, sondern auch noch einen groben politischen Fehler dadurch begangen, daß sie, weil ihr der Ton eines Kommissars nicht gefiel, einen geradezu unheilvollen Beschluß faßte und die in der zweiten Lesung schon bewilligte Neuorganisation der obersten Kolonialbehörde in der dritten Lesung so über den Haufen warf, daß ein vollständiges Chaos entstand. Ein solches Handeln ab irato zeugt immer für ein sehr geringes Maß von Staatsweisheit.

Im vorliegenden Falle ist das Verhalten des Zentrums gar nicht streng genug zu tadeln. Es hat mit seinem Votum einen Schlag nicht nur gegen den ihm persönlich unsympathischen, weil ausgesprochen evangelischen Erbprinzen Hohenlohe geführt, sondern auch einen schweren Stoß gegen die verbündeten Regierungen, den Reichskanzler und gegen die Armee, die mit ihrem Blute die Fehler des Zentrums wieder wettmachen muß. Das Zentrumsvotum ist eine so schwere Herausforderung der Reichspolitik und des nationalen Gedankens, die sich in dieser Frage in vollster Harmonie bewegen, daß die Auflösung des Reichstags die einzig richtige Antwort sein würde. Sie gäbe der Nation zugleich Gelegenheit, Musterung unter ihren nunmehr „entschädigten“ Vertretern zu halten, von denen sogar an dem entscheidungsvollen Montag 125 fehlten! Das nennt sich Reichstag! Man wird vielleicht einwenden: auflösen, ja, aber unter welcher Parole? Die Parole ist das Vaterland! Das Blut unsrer Gefallenen in Südafrika, unter denen der Tod gerade in diesen Tagen eine reiche Ernte gehalten hat, schreit gen Himmel. Es ist hohe Zeit, mit diesem Reichstag ein Ende zu machen.

Große Anerkennung verdient die vornehme, ja überlegne Ruhe, mit der der Erbprinz Hohenlohe auf die völlig deplazierten Ausfälle des Abgeordneten Müller-Meinungen erwiderte. Der Herr Abgeordnete hatte es sich doch zu leicht gemacht, als er die Rede des Oberst von Deimling benutzte, um mit einem Übermaß von

Männerstolz und Lungenkraft, das durch die Sache in keiner Weise geboten war, die Pose eines vaterlandrettenden Volkstribunen einzunehmen. Das Beifallgejohle der Sozialdemokraten, die es selbst nicht gewagt hätten, war sein verdienter Lohn. Aus dem Vorgange sind zweierlei Lehren zu entnehmen: zunächst die, daß es — schon aus Gründen der militärischen Disziplin — nicht wohlgetan ist, Truppenoffiziere, die sich in einer Frontstellung befinden, dem Reichstage gegenüberzustellen. Es war seinerzeit gewiß recht nützlich, daß Oberst von Deimling nach seiner Rückkehr vor dem Reichstage Zeugnis darüber ablegte, wie die Dinge in Südwestafrika standen, er hatte damals auch einen nachhaltigen Eindruck gemacht, darauf hätte man sich beschränken müssen. Daß sich die vor dem Feinde stehenden Truppenführer ihre Bedürfnisse, zu denen in diesem Falle auch die Eisenbahn gehört, persönlich im Parlament erbitten und durchsetzen, ist ein Novum, das seine Ursache nur in den unglücklichen Ressortverhältnissen hat. Wo das Reich Krieg führt, ist die Kriegsverwaltung am Plage, die dann auch über die notwendigen parlamentarisch geschulten Kräfte verfügt. Wo wir 17000 Mann und viele Millionen Mark einsetzen, hört die Kolonialverwaltung auf, die zuständige Instanz für die militärischen Bedürfnisse zu sein. Sicherlich wäre das für das Kriegsministerium kein erwünschter Zuwachs, aber auf die Dauer können die Kolonialtruppen doch nicht so weiter in der Luft schweben bleiben, wie es gegenwärtig der Fall ist, wo sie niemand haben will und sie deshalb dem denkbar ungeeignetsten Ressort, der Kolonialverwaltung, unterstehen. Es sind und bleiben doch Truppen des Reiches. Niemand hat daran gedacht, die chinesische Expedition etwa dem Auswärtigen Amt zu unterstellen und einzugliedern. So gut wie das Kriegsministerium für den Rest der ostasiatischen Expedition bis auf diese Stunde zuständig ist, müßte es das auch für die militärischen Besatzungen in Afrika sein, sobald diese einen mehr als polizeilichen Charakter haben oder aus dem Rahmen einer Eingebornentruppe herauswachsen. Wieviel leichter ordnen sich die Dinge in Kantschou dank der einfachen und natürlichen Organisation. Die Truppen in China sind ebenso wie die in Südafrika Reichstruppen, aus allen Kontingenten gemischt. So gut wie das königlich preussische Kriegsministerium für diese chinesischen Reichstruppen zuständig sein kann, kann es das auch für die südwestafrikanischen, deren Aufstellung, Ausrüstung usw. es gleichsam „inognito“ ohnehin besorgt. Das sogenannte Oberkommando der Schutztruppen gehört nicht in die Kolonialbehörde, sondern in das Kriegsministerium. Als Kommissar des Kriegsministers würde Oberst von Deimling, wenn überhaupt, jedenfalls nicht so gesprochen haben. So gut wie das Postwesen in den Kolonien dem Reichspostamt untersteht, muß das Kriegswesen beim Kriegsministerium bleiben.

Die unwahren Nachrichten des „Standard“ über englisch-russische Verständigungen mit ihrer Ausdehnung auf die Bagdadbahn haben in Deutschland sofort wieder ein Echo gefunden. Ein Teil unserer Publizistik kann sich das Ausland gar nicht anders vorstellen, als daß irgendwo heimlich drei oder vier Minister, Diplomaten oder gar Staatsoberhäupter in heimlicher Verschwörung zusammensitzen, um Deutschland am langsamen Feuer zu schmoren. Von englischer amtlicher Seite ist schon in bestimmter Form ausgesprochen worden, daß eine Verständigung mit Rußland bisher nicht erreicht sei, also auch nicht eine solche auf Kosten Deutschlands. Die Engländer können das um so bestimmter erklären, als alle Versuche in dieser Richtung bisher immer nur von der englischen Seite ausgegangen sind. Was Rußland anlangt, so weiß man in Petersburg — ebenso wie in London —, daß Deutschland keine Verständigung anderer Mächte über die Bagdadbahn anerkennen würde, die ohne seine Zustimmung erfolgt wäre oder erfolgen würde, und daß es jede solche Abmachung als einen unfreundlichen Akt ansehen müßte. Rußland hat mit der Zusicherung nicht gezögert, daß es weit davon entfernt sei, in irgendeine Deutschlands Interessen berührende Abmachung zu willigen, und England hat die ganze Angelegenheit von sich abgelehnt.

Der Erlaß des Kaisers an den Reichskanzler, worin der Monarch nächst seiner Anerkennung für die Durchsetzung der Reichsfinanzreform auch seiner hohen Genugtuung über die Genesung des Kanzlers Ausdruck verleiht, hat in der Presse ziemlich allgemein eine weitergehende Auslegung dahin erfahren, daß der Kaiser offenbar den Wunsch gehabt habe, „dem Gewissel und Geraune“, das an manchen Stellen immer noch nicht verstummen wollte, ein Ende zu machen und — wie der Hannoverische Courier es ausdrückt — „sich von der denkbar sichtbarsten Plattform zu seinem ersten und verantwortlichen Ratgeber zu bekennen“. Was das Hannoverische Blatt noch hinzusetzt, ist ebenfalls ein Reflex der Anschauungen weiter Kreise: das Kaiserliche Handschreiben werde diesen Zweck unzweifelhaft erfüllen, und gern werde man aus ihm entnehmen, daß an ein Revirement in der Spitze der Reichsgeschäfte nicht gedacht wird. „Daß unter den obwaltenden Umständen, und wie die Dinge sich nun einmal im Reiche und in Preußen gestaltet haben, eine Kanzlerschaft Bülow immer noch die beste Kanzlerschaft ist, gehört nachgerade wohl zu den Dingen, über die alle Welt einig ist.“ Der Hannoverische Courier nähert sich damit dem seit längerer Zeit mehrfach auch von den Grenzboten vertretenen Standpunkt. Es war allerdings eine auffällige Erscheinung, daß „das Gewissel und Geraune“ gerade in hohen amtlichen Stellen — nicht, wie fälschlich behauptet worden ist, bei der Umgebung des Reichskanzlers — seine Stätte hatte. Mitglieder des diplomatischen Korps haben in dieser Beziehung recht seltsame Eindrücke gewonnen, und der Courier sagt nicht zuviel, wenn er offen ausspricht, daß zumal in den ersten drei banger Wochen von manchen Seiten daran gearbeitet worden sei, die Stellung des Reichskanzlers zu untergraben. Dagegen ist das genannte Blatt im Irrtum mit der Behauptung, daß „die von Herrn Renvers von einem Tage zum andern angekündigte völlige Wiederherstellung“ sich immer wieder verzögert habe. Einzelne Blätter mögen sich in solchen Ankündigungen gefallen haben, dem Geheimrat Renvers ist solches nie beigegeben. Er war von der Pflicht und der Verantwortlichkeit, die ihm dem Reiche, dem Reichskanzler und seinem eignen Gewissen gegenüber oblag, viel zu sehr durchdrungen, als daß er die Behandlung nicht nach der vollen Schwere und dem ganzen Ernste des Falles geleitet hätte. Er hatte von dem ersten Augenblick an die Zuversicht, daß es ihm gelingen werde, den Kanzler wiederherzustellen, aber er hat der Öffentlichkeit gegenüber niemals einen Termin dafür angegeben, am wenigsten „von einem Tage zum andern“. Je größer die Verantwortlichkeit war, die er übernommen hatte, um so weniger konnte er gewillt sein, seine ärztliche Reputation auf das Spiel zu setzen und Dinge anzukündigen, deren er nicht gewiß war. Professor Renvers hatte noch jüngst Gelegenheit genommen, sich einem der Tischgäste des Reichskanzlers gegenüber mit voller Schärfe über die Gewissenlosigkeit zu äußern, die ein Teil der Presse in dieser ganzen Angelegenheit beobachtet, ein anderer Teil wiederum ihm zugemutet habe.

Während nun der Kaiser „dem staatsmännischen Geschick und der aufopfernden Hingebung“, mit der der Reichskanzler „am Entstehen wie am Gelingen der Finanzreform einen hervorragenden Anteil genommen“ hat, seine volle Anerkennung zollt, glaubt ein Teil der Presse den persönlichen Anteil des Fürsten Bülow an dem Reformwerk nicht allzugroß bemessen zu dürfen. Schwerlich werden diese Blätter der Ansicht sein, daß der Leiter einer angesehenen Zeitung an der Behandlung der wichtigsten politischen Fragen der Zeit nicht seinen vollen persönlichen Anteil zu nehmen habe. Die verantwortliche Leitung des Reichs wiegt aber doch wohl noch etwas schwerer als die einer Zeitung. Selbstverständlich kann und wird sich der Reichskanzler nicht mit allen Einzelheiten der Steuervorlagen und ihrer Behandlung identifizieren können. Er hatte dazu um so weniger Anlaß, als er in dem Freiherrn von Stengel eine ausgezeichnete Kraft zur Verfügung hatte. Aber an dem Zustandekommen der Vorlagen im Bundesrat wie im Reichstage hat er seinen großen pflichtmäßigen Anteil zu beanspruchen. Seit sechs Jahren hat der Kanzler mit den Finanzministern der Einzelstaaten fast alljährlich Rücksprachen über diesen Gegenstand und Konferenzen unter seinem Vorsitz abgehalten. Besonders eingehend

waren seine Besprechungen noch mit dem hervorragend tüchtigen, dem Vaterlande leider allzufrüh entrissenen badischen Finanzminister Buchenberger. Auch mit den meisten deutschen Souveränen haben in dieser Zeit wiederholt Rücksprachen stattgefunden. Nach der Fertigstellung der Steuervorlagen im Reichsschatzamt waren sie im preussischen Staatsministerium und bei der Krone zu vertreten. Im November vorigen Jahres erfolgte die Einbringung in den Bundesrat und der Abschluß dajelbst. Dann kam die Einbringung in den Reichstag mit einer Rede bei der ersten Etatsberatung. Seitdem hatte der Reichskanzler den Gang der Reformvorlagen Tag für Tag in allen Einzelheiten verfolgt und sie schließlich in beständiger Fühlung und in fortgesetzten Rücksprachen mit den einflußreichern Parlamentariern in den Häfen gelotft. So gering anzuschlagen ist diese mitwirkende Tätigkeit des Reichskanzlers neben aller berechtigten Anerkennung für den Schatzsekretär doch wohl nicht. Schon das einfache Pflicht- und Verantwortlichkeitsgefühl weist ihm ein reiches Maß von Tätigkeit bei Maßnahmen zu, die keineswegs rein finanzpolitischer, sondern, wie die Erbschaftsteuer und der Fahrkartenstempel, eminent politischer Natur sind, weil sie tief in die Steuergesetzgebung und in die Interessen der Einzelstaaten einschneiden. Hierbei läßt sich der Reichskanzler nicht ausschalten, auch wenn er es möchte. Was endlich die persönliche Beteiligung an diesen Fragen sowohl im Plenum als in der Kommission anlangt, so sind die Erfahrungen, die Fürst Bismarck in dieser Hinsicht gemacht hat, nicht gerade verführerisch. Es erweist sich für die praktische und förderliche Behandlung mancher Dinge viel nützlicher, daß der Reichskanzler für die vertrauliche Erörterung mit dem Bundesrat und den einzelnen Parteien des Reichstags gleichsam in Reserve bleibt, als daß er seinen persönlichen Einfluß in den Debatten selbst auf das Spiel setzt. Das wird sich bei Fragen, die schließlich doch nur auf dem Wege des Kompromisses zur Entscheidung gelangen, und bei denen es weniger darauf ankommt, die Parteien zu überzeugen als sie schließlich zu bestimmen, meist immer empfehlen. Einen solchen Einfluß kann der Reichskanzler aber viel besser im Hintergrunde der vertraulichen Besprechung als in den Debatten des Plenums oder der Kommissionen ausüben. Bei den vertraulichen Besprechungen kommen rein persönliche, nicht fraktionelle Einflüsse ganz anders zur Geltung, als das in der sorgfältig jedes Wort abwägenden öffentlichen Verhandlung der Fall sein kann, bei der der Reichskanzler sich immer vorgefaßten Meinungen, Fraktionsbeschlüssen usw. gegenüber befindet. Obwohl Freiherr von Stengel über ein reiches Maß von persönlichem Ansehen und Popularität im Reichstage zu verfügen hat, das ihm seine Aufgabe nicht unwesentlich erleichterte, hat die von ihm geleistete Arbeit doch leider ebenfalls so hohe Anforderungen an seine Gesundheit gestellt, daß ihn die Entscheidung auf dem Krankenbette fand. *g*

Lessing. Dr. Ernst Kretschmar hat in der bei Bernhard Richter in Leipzig 1905 erschienenen Schrift: Lessing und die Aufklärung die religions- und geschichtsphilosophischen Anschauungen des großen Dichters und Kritikers sehr schön dargestellt und insbesondere nachgewiesen, daß dieser der seichten Aufklärerei nicht weniger feindlich gegenübergestanden hat als der unduldsamen Orthodoxie und nichts weniger als ein Atheist oder Feind der Religion gewesen ist. Leibniz war es, dessen Anschauungen er fortbildete. Seine Entwicklung gipfelt in der „Erziehung des Menschengeschlechts“, die Kretschmar als Anhang abdruckt.

